

5. April 2011

Medienmitteilung Aqua Viva / Rheinaubund

Einsprache nur gegen Höherstau des Grimselsees

Der Gewässerschutz-Dachverband Aqua Viva und der Rheinaubund verzichten auf eine Einsprache gegen zwei der drei Ausbauprojekte der Kraftwerke Oberhasli an der Grimsel. Die in einem teils partizipativ geführten Prozess zwischen KWO, Kanton Bern und Verbänden ausgehandelte Lösung erachten Aqua Viva und Rheinaubund allerdings als Sonderfall, denn sie erfüllt namentlich im Bereich der Restwasserbemessung den seit 1975 geltenden Verfassungsauftrag des Bundes nicht. Gegen die Erhöhung der Grimselstaumauer setzen sich die zwei Organisationen in einer starken Allianz von Umweltverbänden weiterhin zur Wehr.

Während die geplante Staumauererhöhung eine Moorlandschaft und ein Gletschervorfeld von nationaler Bedeutung unwiederbringlich zerstören würde, sind die negativen ökologischen Folgen der zwei Ausbauprojekte „Tandem“ und „Grimsel 3“ deutlich weniger drastisch. Zudem ist die rechtliche Situation sehr komplex, da die KWO, unterstützt von der Berner Kantonsregierung, die beiden Projekte auf der Basis der alten Konzessionen bewilligen lassen will. Eine Gesamtschau, wie sie das Schweizer Umweltrecht bei derartigen grossen Projekten mit verschiedensten Projektteilen eigentlich verlangt, wird dadurch stark erschwert. Bedingt durch das über längere Zeit laufende, teils partizipative Verfahren und durch den Entscheid des Berner Verwaltungsgerichts wäre eine Überprüfung dieser Rechtsfragen aber erst in einem Beschwerdeverfahren vor Bundesgericht möglich. Die ansonsten übliche Projektoptimierung im Einspracheverfahren ist damit im Sonderfall KWO/Grimsel kein gangbarer Weg mehr.

Ungenügende Restwassermengen

Die zwei Verbände Aqua Viva und Rheinaubund anerkennen, dass die KWO im Verlauf des Prozesses auch wertvolle Ersatzmassnahmen zugunsten der Natur zugesichert hat. Dazu zählen vor allem die verbesserte Längsvernetzung von einzelnen Bächen und die Aufwertung von Auen (Sytenwald, Fuhren-Süd und Schwemmebene Wendenalp). Diese positiven Massnahmen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es an der Grimsel insgesamt einmal mehr um eine Optimierung der Stromproduktion und des Stromhandels geht und sich viele Eingriffe im Grunde genommen gar nicht ersetzen oder kompensieren lassen. Insbesondere gehört dazu die sehr unbefriedigende Restwassersituation in nahezu allen von der KWO genutzten Bächen. Die Schwachstellenanalyse von Aqua Viva kommt zum Schluss, dass von 27 untersuchten Fassungen nur gerade bei 2 die minimalen Restwasservorschriften (Alarmwerte!) des Gewässerschutzgesetzes erfüllt werden. Bei 16 Fassungen wollen die Bewilligungsbehörden gar weiterhin Restwasser Null tolerieren.

Kein „Endausbau“ der Wasserkraft

Aqua Viva und Rheinaubund sind zum Schluss gekommen, dass eine Einsprache im Sonderfall KWO/Grimsel zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg hätte, nicht zuletzt auch darum weil durch einen möglichen Ausstieg aus der Atomenergie der Druck auf die letzten Wasserkraftpotentiale massiv gestiegen ist. Die beiden Verbände fordern aber gerade in diesem Punkt eine breite Diskussion. Diese ist mit dem revidierten Gewässerschutzgesetz bereits angerollt, und zwar unabhängig von den tragischen Ereignissen in Japan. Die Ableitung oder der Aufstau der letzten noch naturnah fliessenden Gewässer der Schweiz zur Gewinnung einiger weniger zusätzlicher Prozente Strom wäre eine viel zu kurzfristige Reaktion. „Tandem“ bringt eine Mehrproduktion von rund 70 Mio. kWh. Das ist etwas mehr

als 1 Promille der Schweizer Stromproduktion. Weder „Grimsel 3“ noch die Mauererhöhung bringen eine Mehrproduktion. Im Gegenteil: „Grimsel 3“ vernichtet netto jährlich 300 Mio. kWh Pumpstrom. Die durch den Betrieb der KWO verursachten CO₂ Emissionen werden sich deshalb von 373'000 auf 853'000 Tonnen jährlich mehr als verdoppeln.

Vollzug im Auge behalten

Die beiden Verbände werden den Bewilligungsbehörden nun ihre Schwachstellenanalyse zustellen und hoffen, dass auch ohne den Druck einer Einsprache noch Verbesserungen angeordnet werden; dies vor allem auch weil der Kanton zugesichert hat, dass gewässerökologisch wichtigen Fragen der Schwall-Sunk-Problematik und die Probleme rund um die Brienerseeertrübung im Baubewilligungsverfahren noch näher abgeklärt werden. Ausserdem erwarten Aqua Viva und Rheinaubund zusammen mit dem Grimselverein, den Fischereiverbänden und den anderen Umweltverbänden, dass die Behörden die Bau- und Betriebsphase der neuen Werke mit einem Umweltmonitoring genau im Auge behalten. Bei negativen ökologischen Effekten müssen Nachbesserungen angeordnet werden.

Weitere Auskünfte:

Thomas Weibel, Vizepräsident Aqua Viva (078 602 13 57)

Stefan Kunz, Geschäftsführer Rheinaubund (052 625 26 58 / 079 631 34 67)